

Barbara Potthast

Frauen in der lateinamerikanischen Politik

Zeittafel

2. Hälfte des 19. Jh., vor allem 1870/1980er Jahre	In den meisten lateinamerikanischen Staaten Einführung von Zivilgesetzbüchern nach napoleonischem Vorbild, erste Änderungen gegen Ende des Jahrhunderts, weitere Reformen zugunsten der Rechte der Frauen in den 1920/1930er Jahren.																																												
1889	Cecilia Grierson legt als erste Frau in Argentinien ihr medizinisches Examen ab.																																												
1910	Erster internationaler Frauenkongress in Buenos Aires.																																												
1912	Erweiterung der männlichen politischen Partizipation durch das <i>Ley Sáenz-Peña</i> in Argentinien.																																												
1917	Mexikanische revolutionäre Verfassung, Gleichheitsgrundsatz, aber keine vollen staatsbürgerlichen Rechte für Frauen.																																												
1910-1929	Zahlreiche interamerikanische Kongresse zum Schutz von Frauen und Kindern sowie Aktivitäten zur Erlangung voller staatsbürgerlicher Rechte in vielen lateinamerikanischen Staaten.																																												
1928	Gründung der <i>Comisión Interamericana de Mujeres</i> (CIM) im Rahmen der Pan-Amerikanischen Union.																																												
Ab 1929	Einführung des Frauenwahlrechtes auf nationaler Ebene. <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th><u>Land</u></th> <th><u>Jahr</u></th> <th><u>Land</u></th> <th><u>Jahr</u></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Ecuador</td> <td>1929</td> <td>Chile*</td> <td>1949</td> </tr> <tr> <td>Uruguay</td> <td>1932</td> <td>Haiti</td> <td>1950</td> </tr> <tr> <td>Brasilien</td> <td>1932</td> <td>Bolivien</td> <td>1952</td> </tr> <tr> <td>El Salvador</td> <td>1939</td> <td>Mexiko</td> <td>1954</td> </tr> <tr> <td>Kuba</td> <td>1940</td> <td>Belize</td> <td>1954</td> </tr> <tr> <td>Dom. Republik</td> <td>1942</td> <td>Kolumbien</td> <td>1954</td> </tr> <tr> <td>Panama</td> <td>1945</td> <td>Honduras</td> <td>1954</td> </tr> <tr> <td>Venezuela</td> <td>1946**</td> <td>Peru</td> <td>1955</td> </tr> <tr> <td>Argentinien</td> <td>1947</td> <td>Nicaragua</td> <td>1957</td> </tr> <tr> <td>Costa Rica</td> <td>1949</td> <td>Paraguay</td> <td>1967</td> </tr> </tbody> </table> <p>* ab 1934 bereits Wahlrecht auf kommunaler Ebene ** 1945 kommunales Wahlrecht</p>	<u>Land</u>	<u>Jahr</u>	<u>Land</u>	<u>Jahr</u>	Ecuador	1929	Chile*	1949	Uruguay	1932	Haiti	1950	Brasilien	1932	Bolivien	1952	El Salvador	1939	Mexiko	1954	Kuba	1940	Belize	1954	Dom. Republik	1942	Kolumbien	1954	Panama	1945	Honduras	1954	Venezuela	1946**	Peru	1955	Argentinien	1947	Nicaragua	1957	Costa Rica	1949	Paraguay	1967
<u>Land</u>	<u>Jahr</u>	<u>Land</u>	<u>Jahr</u>																																										
Ecuador	1929	Chile*	1949																																										
Uruguay	1932	Haiti	1950																																										
Brasilien	1932	Bolivien	1952																																										
El Salvador	1939	Mexiko	1954																																										
Kuba	1940	Belize	1954																																										
Dom. Republik	1942	Kolumbien	1954																																										
Panama	1945	Honduras	1954																																										
Venezuela	1946**	Peru	1955																																										
Argentinien	1947	Nicaragua	1957																																										
Costa Rica	1949	Paraguay	1967																																										

Ab 1930	Infolge der Weltwirtschaftskrise Militärputsche in Argentinien, Uruguay, Brasilien und anderen Staaten.
1959	Kubanische Revolution.
1961	Erste UN-Dekade der Entwicklung, Gründung der "Allianz für den Fortschritt".
1968	Lateinamerikanische Bischofskonferenz verkündet die "Option für die Armen".
1975	Erster Weltfrauenkongress in Mexiko-Stadt, Ausrufung der UN-Dekade der Frauen.
1977/78	Proteste der Gewerkschaften und Hausfrauen-Komitees, Sturz General Banzers in Bolivien.
1979/80	Interimspräsidentschaft von Lidia Gueiler Tejada.
2006	Nach zahlreichen politischen Krisen Wahlsieg des <i>Movimiento al Socialismo</i> unter dem indigenen Gewerkschaftsführer Evo Morales.
1976-1983	Militärdiktatur in Argentinien.
1977	Gründung der Vereinigung der "Mütter von der Plaza de Mayo".
1986	Spaltung der Mütterorganisation.
1992	Verleihung des Friedensnobelpreises an die Maya-Guatemaltekkin Rigoberta Menchú.
1994	Aufstand der Zapatistischen Guerilla in Mexiko, Verbindung von indigenen mit geschlechtsspezifischen Forderungen.
2006	Wahlsieg der sozialistischen Präsidentschaftskandidatin Michelle Bachelet in Chile.
2007	Cristina Fernández de Kirchner siegt bei den Präsidentschaftswahlen in Argentinien.

Als Michelle Bachelet 2006 die Präsidentschaftswahlen in Chile gewann, verkündete die Presse: "Zum ersten Mal in der Geschichte Chiles und Südamerikas wurde eine Frau in das höchste Staatsamt gewählt".¹ Das ist nicht ganz falsch, verstellt aber den Blick darauf, dass es in Lateinamerika bereits zuvor mehrere Präsidentinnen gegeben hat. Diese waren jedoch entweder aufgrund einer Krisensituation vom Parlament oder dem Verfassungsgericht zur Interimspräsidentin er-

1 Untertitel eines Berichtes in *Die Zeit* vom 16.01.2006, <<http://www.zeit.de/online/2006/03/bachelet>> (20.08.2007).

nannt worden, wie Lydia Gueiler (Bolivien, 1978/79), Ertha Pascal-Trouillot (1990/91 Haiti) oder Rosalia Arteaga Serrano (1997 Ecuador, allerdings nur für wenige Tage), oder sie waren zwar gewählt worden, hatten ihre politische Karriere jedoch ihrem Ehemann zu verdanken, wie Isabel (Maria Estela Martínez de) Perón (1974-1976, Argentinien), Violetta Barrios de Chamorro (1990-1997, Nicaragua) oder Mireya Moscoso Rodríguez (1999-2004, Panama). Im Jahr 2007 wurde Christina Fernández de Kirchner zur Präsidentin Argentiniens gewählt.

Diese wenigen Angaben deuten darauf hin, dass Frauen in der Politik in Lateinamerika im 20. Jahrhundert durchaus eine wichtige Rolle spielen, es bis vor kurzem aber nur wenigen gelungen ist, bis in höchste Ämter vorzudringen. Darüber hinaus haben sich in den letzten Jahrzehnten viele Frauen in sozialen Bewegungen engagiert, die sich zunächst oft nicht politisch verstanden, sondern für die Einhaltung elementarer Menschenrechte oder für das Überleben in Krisen- und Kriegszeiten eintraten, damit aber letztlich auch das politische Klima in Lateinamerika entscheidend mit geprägt haben. Die bekanntesten Beispiele hierfür sind die "Mütter von der Plaza de Mayo" aus Argentinien sowie die Friedensnobelpreisträgerin von 1992, die Guatemaltekinn Rigoberta Menchú, die sich 2007 als Präsidentschaftskandidatin zur Wahl stellte, wenn auch ohne Erfolg.

Diese Beispiele deuten an, wie vielfältig die politischen Rollen der Frauen sein können, einmal ganz davon abgesehen, dass sie in sehr unterschiedlichen sozialen und politischen Kontexten agieren, die wiederum ihr Handeln, ihre Strategien und ihre Ziele beeinflussen. Es kann daher im Folgenden nicht um eine umfassende Bestandsaufnahme des Problemfeldes gehen, sondern nur um eine exemplarische Darstellung einiger Personen bzw. Gruppen. Ich werde mich dabei auf Argentinien und Bolivien konzentrieren, zwei politisch und sozial sehr unterschiedliche Länder, die geeignet sind, die Vielfalt der politischen Betätigung von Frauen zumindest in Ansätzen abzubilden.²

2 Die bekannteste argentinische Politikerin, Evita Perón, wird an anderer Stelle dieses Buches gewürdigt.

1. Frühe Feministinnen

Als sich die lateinamerikanischen Staaten – mit Ausnahme Brasiliens – nach der Erlangung der Unabhängigkeit als Republiken konstituierten, stellte sich für die Staatsgründer die Frage der weiblichen Beteiligung an der Politik im Allgemeinen nicht. Die meisten Verfassungen legten zwar die Rechte und Pflichten der Staatsbürger der neuen Republiken fest, meinten damit aber implizit nur die Männer. Frauen galten schon deshalb nicht als „politikfähig“, weil sie zivilrechtlich meist unter der Obhut eines Mannes standen, sei es der Ehemann, der Vater oder der Bischof. Daher waren auch zivilrechtliche Veränderungen, die in den meisten Staaten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erfolgten, die erste Voraussetzung für eine politische Betätigung von Frauen. Auch später sollte die Vorstellung der männlichen Dominanz in der Familie eines der wichtigsten Hindernisse für die Gewährung voller staatsbürgerlicher Rechte für Frauen sein.³ Gegen die zivilrechtliche und staatsbürgerliche Benachteiligung formierten sich ab dem ausgehenden 19., vor allem aber am Beginn des 20. Jahrhunderts in vielen lateinamerikanischen Ländern Frauenbewegungen, die neben anderen Zielen für die Erlangung des aktiven und des passiven Wahlrechtes für Frauen stritten.

Feministische Bewegungen entstanden in Lateinamerika zunächst in den Ländern des *Cono Sur* (Argentinien, Chile, Uruguay) sowie in Brasilien, wobei die argentinische Frauenbewegung zusammen mit der chilenischen zu den aktivsten, aber auch heterogensten des südamerikanischen Kontinents zählt. Neben einer bürgerlich-liberalen und einer sozialistischen Bewegung machte zu Beginn des Jahrhunderts auch eine anarchistische Frauenbewegung von sich reden. Diese konnte jedoch letztlich wenig ausrichten, zumal der Anarchismus durch die Repression der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg politisch an Bedeutung verlor.

Beispielhaft seien zunächst drei Protagonistinnen aus Argentinien vorgestellt. Pionierinnen sowohl der argentinischen Frauenbewegung als auch der Medizin sind Cecilia Grierson und Elvira Rawson de Dellpiane. Cecilia Grierson (1850-1934), geboren in Argentinien als

3 So enthielt der erste Entwurf eines Gesetzes zum Frauenwahlrecht in Brasilien unter Getúlio Vargas 1932 noch eine Einschränkung auf verwitwete und allein-stehende Frauen.

Kind schottisch-irischer Einwanderer, schrieb sich nach einer Lehrerinnenausbildung an der Medizinischen Fakultät in Buenos Aires ein, wo sie 1889 als erste Frau das Examen ablegte. Kurz zuvor hatte sie bereits die erste Krankenschwesternschule des Landes ins Leben gerufen. Ihr Versuch, an der Universität zu lehren, scheiterte jedoch aufgrund ihres Geschlechtes. 1899 unternahm sie eine Europareise, die sowohl ihrer beruflichen Weiterbildung als auch ihren feministischen Aktivitäten galt. Sie nahm am Kongress des *International Council of Women* (ICW) in London teil, wo sie zur Vizepräsidentin gewählt wurde. Im darauffolgenden Jahr gründete sie einen argentinischen Frauenrat, der sich allerdings in den folgenden Jahren zu einer konservativen Organisation wandelte, sodass Grierson ihn wieder verließ. 1910 wurde sie Präsidentin eines Internationalen Frauenkongresses in Buenos Aires. Sie blieb in den Folgejahren der feministischen Bewegung eng verbunden, ihre Hauptaktivität lag allerdings im Bereich der Medizin und der Krankenschwestern- und Hebammenausbildung.

Elvira Rawson de Dellepiane (1867-1954) entschied sich ebenfalls nach einer Ausbildung am Lehrerinnenseminar für die medizinische Laufbahn und legte 1892 ihr Examen ab. Auch sie war Mitglied im Frauenrat, aus dem sie 1905 austrat. Als Mitglied der *Unión Cívica Radical*, einer Partei, die für die Verbreiterung der politischen Partizipation in Argentinien stand, engagierte sie sich jedoch stärker politisch als Cecilia Grierson. Sie gründete eine Gesellschaft zum Schutz unverheirateter Mütter sowie andere Vereine, die sich die zivilen und politischen Rechte der Frauen auf die Fahnen geschrieben hatten. Auf dem Ersten Internationalen Frauenkongress 1910 hatte sie bereits ein Projekt zur Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches vorgestellt, das später von ihrer Partei – allerdings nur in sehr verwässerter Form – ins Parlament eingebracht wurde. Im Gegensatz zu Uruguay, das zur gleichen Zeit von einer ähnlichen reformorientierten Partei regiert wurde, zeigten die argentinischen “Radikalen” unter Präsident Hipólito Yrigoyen kein besonderes Interesse an den Anliegen der Frauen.

Ebenfalls zum bürgerlich-liberalen feministischen Lager gehört Julieta Lanteri (1873-1932). 1873 in Italien geboren, kam sie als Kind nach Argentinien. Auch sie studierte Medizin und engagierte sich in der Folgezeit zunächst vor allem auf nationalem und internationalem wissenschaftlichem Parkett zugunsten einer Verbesserung der Lebensumstände und der Rechte von Frauen und Kindern der Unterschichten.

Zusammen mit Cecilia Grierson und Elvira Rawson gründet sie die *Liga de Universitarias Argentinas* sowie eine argentinische Liga der Freidenkerinnen. 1911 beantragte sie die argentinische Staatsbürgerschaft, um eine Professorenstelle an der Universität antreten zu können. Mit dem Einbürgerungsbescheid versuchte sie dann auf verschiedenen, teils recht unkonventionellen und daher publikumswirksamen Wegen, die politischen Rechte auszuüben, die die argentinische Verfassung ihren Bürgern – ohne ausdrücklichen Ausschluss des weiblichen Geschlechtes – gewährte. Als alle diese Versuche scheiterten, organisierte sie in den 1920er Jahren zusammen mit der Sozialistin Alicia Moreau Wahlen für Frauen in Buenos Aires, gründete eine “Nationale Feministische Partei” (*Partido Feminista Nacional*) und erlangte als Kandidatin für Buenos Aires einen Achtungserfolg. Sie verband ihre politischen Aktivitäten mit denjenigen zum Schutz der Gesundheit von Frauen und Kindern, unter anderem in der inter-amerikanischen *Liga para los derechos de la mujer y del niño*, deren Vorsitzende sie einige Jahre lang war. 1932 kam sie bei einem Autounfall ums Leben.

Von den im Parlament vertretenen Parteien versuchten in Argentinien in dieser Zeit einzig die Sozialisten feministische Anliegen durchzusetzen, wenn auch mit wenig Erfolg. Eine der Ikonen des argentinischen Feminismus und des Sozialismus ist Alicia Moreau de Justo (1885-1986), die zweite Frau des Gründers der Sozialistischen Partei. 1885 in London als Tochter eines nach dem Aufstand der *Comune* aus Frankreich geflohenen Paares geboren, in Argentinien aufgewachsen und im Lehrerinnenseminar zunächst stark von ihrem Lehrer, dem späteren Präsidenten Hypólito Yrigoyen beeinflusst, kam sie 1906 durch die Anregungen eines Freidenkerkongresses zum Feminismus und zu sozialistischer Bildungsarbeit. 1907 schrieb sie sich als Medizinstudentin ein. 1920 gründete sie die *Unión Feminista Argentina* (UFN) sowie eine Vereinigung zur Bekämpfung des Frauenhandels. Zusammen mit dem *Comité pro derechos de la Mujer* (Komitee für die Rechte von Frauen) unter Elwira Rawson unterstützte sie in den zwanziger Jahren die Aktivitäten des *Partido Feminista Nacional*. 1921 trat sie der Sozialistischen Partei bei, gründete Frauengruppen innerhalb der Parteisektionen, arbeitete weiterhin als Ärztin und engagierte sich im Kampf gegen die Prostitution. Trotz der politisch prekären Lage in Argentinien, wo ab den dreißiger Jahren die Militärs do-

minierten, engagierte sie sich weiter politisch, sowohl als Feministin als auch als Sozialistin und gilt als die "große alte Dame" des argentinischen Sozialismus.

Es ist kein Zufall, dass die meisten der lateinamerikanischen Feministinnen dieser Zeit Ärztinnen oder Lehrerinnen waren. Durch ihre Arbeit kamen sie mit dem Elend und der Armut der Frauen der Unterschichten in Kontakt und erkannten, dass nur verbesserte Bildung und die Durchsetzung von politischen und sozialen Rechten für Frauen dies ändern könnte. Daher entwickelte sich vor allem in den Ländern des *Cono Sur* sowie in Brasilien, Kuba und Mexiko zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine breite und aktive Frauenbewegung. Diese Nationen verfügten über ein modernes Bildungssystem, das seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts auch Frauen offenstand. Ab den 1880er Jahren gab es die ersten lateinamerikanischen Ärztinnen und Rechtsanwältinnen sowie eine große Anzahl von Lehrerinnen. Hinzu kam, dass diese Länder (mit Ausnahme Mexikos) zu den Hauptzielen der europäischen Migranten gehörten. Vor allem die rasant anwachsenden Hafenmetropolen wie Rio de Janeiro, Montevideo oder Buenos Aires galten als Ausweis der Moderne und des wirtschaftlichen Aufschwungs der Nationen, stellten die Regierungen in Bezug auf Wohnsituation, Hygiene, soziale und politische Kontrolle jedoch vor ungeheure Probleme. Die Kindersterblichkeit war alarmierend hoch, ebenso die Verbreitung von Tuberkulose, Cholera und Gelbfieber. Ferner sorgte man sich wegen der weiten Verbreitung der Prostitution. Diese Themen spielten infolgedessen in der gesellschaftspolitischen Diskussion eine zentrale Rolle und Frauen nahmen als Expertinnen sowie als Adressaten in Fragen von Kindererziehung und Hygiene an dem Diskurs teil. Dies erlaubte ihnen auch, 1910 unter der Führung von Cecilia Grierson den ersten *Congreso Femenino Internacional* in Buenos Aires auszurichten. Die unterschiedlichen ideologischen Positionen der vertretenen Frauengruppen wurden überlagert von der Überzeugung, dass eine Reihe von rechtlichen und sozialen Reformen in Bezug auf die Rolle der Frauen notwendig waren, um die Probleme der Länder, vor allem der Städte, zu bewältigen.

Die Feministinnen beteiligten sich zunächst an der allgemeinen sozialpolitischen Diskussion ihrer jeweiligen Gesellschaft, die sich vor allem um die erwerbstätigen Mütter und ihre Kinder, die zukünftigen Arbeiter, Soldaten und Staatsbürger, drehte. Durch eine verbesserte

Kindererziehung und Ernährung sowie Maßnahmen im medizinischen und sanitären Bereich sollte eine physische und moralische Gesundung der Gesellschaft insgesamt herbeigeführt werden, und die Mütter als Erzieherinnen der zukünftigen Generation galten als ihre Agenten. Dies bürdete den Frauen Lasten und neue Verantwortung auf, bot aber gleichzeitig eine Möglichkeit, mehr Rechte einzufordern. Wenn die Frauen für die Gesundheit und das Wohlergehen ihrer Familie zuständig waren, musste man sie auch in die Lage versetzen, dieser Verantwortung gerecht zu werden – so die Argumentation der Feministinnen. Die Betonung der Mutterrolle ist ein wichtiges Kennzeichen des Agierens lateinamerikanischer Frauen in der Politik, das sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen Etappen und politischen Positionen zieht.

In Argentinien führten die Aktivitäten der Frauengruppen in den zwanziger Jahren zu Mutterschutzgesetzen sowie der zivilrechtlichen Gleichstellung, nicht aber zur Gewährung von politischen Rechten für Frauen. Zwar kam es zu mehreren Gesetzesvorlagen, einige davon nahmen sogar die ein oder andere parlamentarische Hürde, gelangten aber letztlich nie zur Verabschiedung, weil die dezidierte Unterstützung wichtiger Politiker fehlte. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich alle Staaten im Rahmen der Organisation Amerikanischer Staaten verpflichtet hatten, Frauen volle staatsbürgerliche Rechte zu gewähren und die Bedeutung der Frauen als Wählerinnen inzwischen allgemein erkannt war, erlangten die Argentinierinnen das Wahlrecht. Juan Domingo und Evita Perón stellten dies als ein besonderes Verdienst vor allem Evitas dar, tatsächlich aber dürften die jahrelangen Bemühungen der argentinischen Feministinnen einen mindestens ebenso großen Anteil an diesem Erfolg gehabt haben.

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich für Mexiko konstatieren, wo man in der Verfassung von 1917 zwar das Gleichheitsgebot verankerte, aber wiederum keine klare Aussage über die Frage der politischen Rechte der Frauen traf. Eine hierfür zuständige Kommission verschleppte die Entscheidung immer wieder, ebenso wie später mehrere Entwürfe zum Frauenwahlrecht unter Lázaro Cárdenas nicht zur Ausführung kamen. Auch hier erhielten die Frauen erst nach dem Zweiten Weltkrieg das Wahlrecht, als es für das fortschrittliche Image des Landes unabdingbar geworden zu sein schien und zudem die Angst

vor der engen Bindung zwischen Frauen und der Katholischen Kirche gewichen war.

Letztlich stand bei der Frage der Gewährung von politischen Rechten für Frauen immer wieder das Kalkül der Macht habenden Männer im Vordergrund. So gewährten konservative Regime wie dasjenige in Ecuador oder Diktatoren wie Trujillo in der Dominikanischen Republik relativ früh den Frauen politische Rechte, da sie sich davon eine Mobilisierung zu ihren Gunsten und eine gewisse Legitimation erhofften, revolutionäre Regierungen in Mexiko jedoch nicht, da sie fürchteten, die Frauen würden mehrheitlich für die Opposition stimmen. In anderen Ländern wiederum, wie z.B. in Brasilien, Kuba und Uruguay, kann man die Gewährung von politischen Rechten als einen Erfolg der öffentlichen Aktivitäten und der Lobby-Arbeit der Feministinnen sehen.

2. Revolutionärinnen und Guerilleras

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg brachten den meisten Frauen in Lateinamerika das Wahlrecht, allerdings oft nur aus den oben erwähnten strategischen Überlegungen. Die Erlangung politischer Rechte ging allerdings einher mit vermehrtem Zugang zu Bildung für die Frauen, eine Grundvoraussetzung zur Ausübung dieser Rechte. In den 1960er Jahren kam es in Lateinamerika zu einer regelrechten "Bildungsoffensive" seitens der UNESCO und der "Allianz für den Fortschritt". Die Zahl der Schülerinnen und Schüler stieg insgesamt stark an, vor allem aber holten die Frauen im Hinblick auf die universitäre Bildung auf.

Revolutionäre Tendenzen in Europa und Amerika, neue Erziehungskonzepte wie die "Pädagogik der Unterdrückten" von Paulo Freire, gepaart mit der "Option für die Armen" der lateinamerikanischen Bischofskonferenz führten in den sechziger Jahren zu einer politischen Radikalisierung vieler Lateinamerikaner und Lateinamerikanerinnen. In der Folge der Kubanischen Revolution und der Unternehmungen Che Guevaras entstanden diverse Guerillabewegungen, die stark von jungen Studierenden geprägt waren. Die Deutschargentinierin Tamara Bunke alias Tanja hatte die Aktivitäten Che Guevaras in Bolivien zunächst vorbereitet, kämpfte aber später in seiner Truppe mit und wurde erschossen. Später traten junge Lateinamerikanerinnen,

viele von ihnen Studentinnen, weiteren revolutionären Bewegungen bei. In der sogenannten Stadtguerilla in Uruguay und Argentinien, aber auch in der sandinistischen Guerilla in Nicaragua oder in anderen zentralamerikanischen Befreiungsbewegungen waren bis zu einem Drittel der Kämpfer Frauen. Die Schriftstellerin Giaconda Belli hat ihren Weg von einer behüteten Tochter aus der nicaraguanischen Oberschicht zur sandistischen Guerillera in dem Roman *Die bewohnte Frau* eindrucksvoll verarbeitet.

Das Engagement dieser jungen Frauen entsprang zumeist allgemeinen politischen Zielen, weniger einem Engagement für die Emanzipation von Frauen, und lediglich im Parteiprogramm der Sandinisten fanden frauenspezifische Anliegen Berücksichtigung. Ansonsten galt der revolutionären Linken in Lateinamerika wie auch in Europa der Geschlechterwiderspruch als "Nebenwiderspruch", der sich mit dem Sieg des Sozialismus von selbst lösen würde. Doch die Frauen in Kuba, Bolivien und Nicaragua wurden nach dem Sieg der Revolutionen eines Besseren belehrt.

Besonders grausam stellte sich die Situation für die politisch engagierten jungen Männer und Frauen im *Cono Sur* und in Brasilien dar. Ihr Traum von einer besseren Welt endete in brutalen Militärdiktaturen. Auch schwangere Frauen "verschwanden" und wurden ermordet, wenn sie linker politischer Überzeugungen verdächtigt wurden.

3. Mütter

Die Politik des "Verschwindenlassens" des politischen Gegners wurde von den argentinischen Militärs in großem Stil angewandt. Als Reaktion darauf gründete sich die Organisation der "Mütter von der Plaza de Mayo", die nicht nur aufgrund ihres weltweiten Rufes und ihres Vorbildcharakters hier kurz skizziert werden soll, sondern auch, weil hier die Beziehung zwischen Mutterschaft und politischer Partizipation, deren Stärken und Grenzen, besonders deutlich zu sehen sind.

Die Vereinigung wurde auf dem Höhepunkt der Entführungen von 14 Müttern durch das argentinische Militär im April 1977 gegründet, die sich auf der Suche nach ihren Kindern begegnet waren. Die Anzahl und regionale Verbreitung der Gruppe nahm in den folgenden Jahren stetig zu. Die Frauen stammten aus allen Schichten der argen-

tinischen Gesellschaft und waren Hausfrauen, die erst durch das Verschwinden ihrer Kinder mobilisiert und politisiert wurden. Ausgangspunkt ihrer Aktionen waren Demonstrationen vor dem Regierungsgebäude auf der Plaza de Mayo, wo sich die Frauen jeden Donnerstag versammelten. Mit weißen Kopftüchern bedeckt, die die Windeln ihrer Kinder symbolisierten, trugen sie Plakate mit Fotos und Namen ihrer Angehörigen und fragten nach deren Verbleib. Diese Demonstrationen, deren Bilder um die Welt gingen, fanden mit einigen erzwungenen Unterbrechungen die gesamte Zeit der Militärdiktatur und darüber hinaus statt. Ferner sammelten die Mütter Unterschriften, die die Freilassung aller Gefangenen ohne Anklage verlangten; sie hielten Mahnwachen und traten, wenn nötig, in den Hungerstreik. Gewaltfreiheit war ihr oberstes Prinzip. Bei Versuchen der Militärs, ihre Versammlungen aufzulösen, leisteten sie nur passiven Widerstand und setzten den traditionellen Respekt vor der Mutterrolle zu ihrem Schutz ein. Dies machte Gewaltanwendung gegen sie für die Soldaten äußerst schwierig, denn diese hätte der Vorstellung, dass es Aufgabe der Männer war, die Frauen, vor allem die Mütter, zu beschützen, widersprochen. Die Taktik wirkte allerdings nicht immer. Im Dezember 1977 wurde Azunzena de Villaflor, die "madre de las madres" (*Madres de Plaza de Mayo*, Nr. 6, Mai 1985, S. 16.), zusammen mit zwei anderen entführt und "verschwand".

Neben den regelmäßigen Demonstrationen hatten die "Madres de Plaza de Mayo" besonders während der Fußballweltmeisterschaft 1978 auch das Interesse des Auslands geweckt. Die Mütter unternahmen in der Folgezeit Reisen ins Ausland, um dort die Menschenrechtsverletzungen der argentinischen Militärdiktatur anzuprangern und um Unterstützung zu erreichen. Die Beachtung der Aktivitäten der "Mütter" im Ausland schützte sie auch in Argentinien selbst.

1979 konnte die Gruppe sich als Verein registrieren lassen, sie wird seither von Hebe de Bonafini vertreten, die 1928 in La Plata, in der Provinz Buenos Aires, geboren wurde und zwei Söhne durch die Militärdiktatur verloren hat. Unter ihrer Leitung wurde 1981 der erste *Marcha de resistencia*, ein 24-Stunden-Marsch auf der Plaza begonnen, der bis zum Jahr 2006 jährlich wiederholt wurde.

Die "Mütter von der Plaza de Mayo" verteidigten radikal und kompromisslos den Schutz und die Würde des Menschen und verstanden sich als moralische Instanz, die über den Parteien und der institu-

tionalisierten Politik steht. Sie waren für die Argentinier zum Symbol des Widerstands geworden und hatten erreicht, dass die Debatte um die Menschenrechtsverletzungen und die Frage, wie damit umzugehen sei, ein ständiges Thema auch nach dem Sturz der Diktatur blieb.

Die Militärdiktaturen in Brasilien, Chile, Argentinien und weiteren Ländern hatten einerseits die traditionelle Funktion der Frauen in Heim und Familie betont, andererseits aber durch ihre Politik die Zerstörung unzähliger Familien bewirkt. Damit haben sie die Erfüllung der Mutterrolle unmöglich gemacht und die Frauen geradezu in die Politik getrieben. So ist die Politisierung der Hausfrauen und Mütter eine logische Konsequenz, wenn der Staat die Familie nicht schützt, sondern sie sogar zerstört. Gerade dieser Zusammenhang hat dem Protest der Mütter solch eine Bedeutung und den Müttern selber so viel Mut verliehen. Sonia Alvarez hat diese Form der Politisierung für Brasilien als "militante Mutterschaft" bezeichnet, eine Charakterisierung, die auch auf die *Madres de Plaza de Mayo* zutrifft. Allerdings entspann sich nach dem Ende der Diktatur eine Diskussion darüber, ob die *Madres* mit ihrer Haltung die traditionellen Geschlechterrollen zementiert oder aber das Politikverständnis und die Rolle der Frauen in der Politik verändert hätten, indem sie Themen, die bis dahin als "privat" und apolitisch galten, in die Öffentlichkeit brachten.

Dass die einseitige Betonung der Mutterrolle und die kompromisslose moralische Haltung auch Schwierigkeiten mit sich bringen, zeigte sich nach der Rückkehr zur Demokratie. Die Mütter arbeiteten nicht mit der argentinischen Wahrheitskommission zusammen, da ihnen deren Befugnisse nicht weit genug gingen. Sie forderten eine schonungslose Bestrafung der Verbrechen, weigerten sich, ihre verschwundenen Kinder für tot erklären zu lassen, solange deren Schicksal nicht eindeutig geklärt war oder mittels Exhumierungen die Identität der Opfer feststellen zu lassen, bevor nicht die Schuldigen für die Massentötungen gefunden und bestraft seien. Vor allem setzten sie sich vehement gegen die verschiedenen Amnestiegesetze, besonders gegen das Ende 1986 erlassene "Schlußpunktgesetz" ein. Diese Kompromisslosigkeit zeugt von der Integrität und hohen Moral der Mütter, führte aber auch dazu, dass sie in der argentinischen Politik immer stärker an den Rand gedrängt wurden.

Die radikale Haltung führte dazu, dass sich einige Mütter der ersten Stunde 1986 trennten und eine eigene Gruppe *Madres de Plaza de*

Mayo – Línea Fundadora gründeten.⁴ Die grundlegenden Ziele sind beiden Gruppen gemeinsam, doch suchen diese Mütter den Dialog mit den demokratisch gewählten Regierungen. Auch akzeptieren sie die Exhumierungen und die Registrierung der Verschwundenen *detenidos-desaparecidos* (gefangene Verschwundene),⁵ deren Angehörige damit ein Anrecht auf Entschädigung erhalten. Sie beteiligen sich weiterhin zusammen mit den *Abuelas de Plaza de Mayo*, die nach ihren in der Haft geborenen Enkeln suchen, an den Donnerstagsdemonstrationen.

Hebe de Bonafini dagegen führte die andere Gruppe kompromisslos weiter, kämpfte gegen die Amnestiegesetze, die schließlich 2005 von der Regierung Kirchner zurückgenommen wurden, erreichte die Einrichtung eines Museums, machte aber auch mit umstrittenen politischen Äußerungen Schlagzeilen.⁶ Dies hat der Anerkennung der Leistungen der *Madres* insgesamt allerdings wenig geschadet. Hebe de Bonafini nahm, stellvertretend für die Gruppe, 1992 den Sacharow-Preis und 1999 den UNESCO-Preis für Friedenserziehung in Empfang. Nach fast 30 Jahren haben die Mütter Ende 2006 ihre *Marchas de Resistencia* eingestellt, sowohl weil die Regierung Kirchner ihren Anliegen stärker Rechnung getragen hat als auch aus Altersgründen.

Die "Madres" aus Buenos Aires sind jedoch weiterhin ein wichtiges Vorbild und das Entstehen von Gruppen mit ähnlichen Zielen in Guatemala, El Salvador oder Kolumbien verdeutlicht, dass der Kampf der Mütter um Friedfertigkeit und Menschenrechte mit dem Niedergang der Diktaturen des *Cono Sur* und mit Regimewandel in Zentralamerika keineswegs erloschen ist.

4. Gewerkschafterinnen und Parteipolitikerinnen

Die Gruppe der *Madres de Plaza de Mayo* gehört zu den zahlreichen weiblichen *movimientos de sobrevivencia*, deren Kampf sich entweder gegen die Verletzung von Menschenrechten und Gewalt richtet oder aber gegen die Bedingungen des Lebens in Armut. In beiden spielen

4 Hinzu kam Unbehagen an dem von einigen als autoritär empfundenen Führungsstil Hebe de Bonafinis. Die Gruppe der *Línea Fundadora* hat daher auch keine Präsidentin.

5 Dieser Begriff impliziert die staatliche Verantwortung für das "Verschwinden".

6 Besonders problematisch waren ihre antiamerikanischen Kommentare zu den Ereignissen vom 11.09.2001.

die Mutterschaft und die Familie eine zentrale Rolle, wird aber in Letzteren eher von anderen Identitäten, vor allem von der sozialen oder ethnischen Zugehörigkeit, überlagert. Dies hängt auch mit dem Umstand zusammen, dass der Kampf gegen Ausbeutung und Armut meist nicht klassenübergreifend ist.

Oftmals stehen diese Bewegungen, im Gegensatz zu den oben skizzierten Menschenrechtsgruppen, auch in enger Verbindung mit einer Gewerkschaft oder politischen Partei. Daher soll im Folgenden eine solche Bewegung, der es um das Überleben unter den Bedingungen der Armut geht, im Zusammenhang mit der Rolle der Frauen in Parteien und Gewerkschaften am Beispiel Boliviens gezeigt werden. In Bolivien wurden in den 1940er und 1950er Jahren, ähnlich wie im peronistischen Argentinien oder der "Partei der Institutionalisierten Revolution" in Mexiko, Frauen unter dem Eindruck korporatistischer Modelle in die Politik integriert. Dies geschah jedoch "von oben" herab und in hierarchisch organisierten und männlich dominierten Parteien oder Gewerkschaften.

Zwei prominente Bolivianerinnen, Lydia Gueiler, erste Präsidentin Boliviens, und Domitila Barrios, eine Gewerkschaftsaktivistin, die als Symbol der Unterdrückung der Frauen in der sogenannten "Dritten Welt" zu Weltruhm gelangte, sollen hier die Beteiligung von Frauen an der Politik bis in die 1970er Jahre näher erläutern, um anschließend auf die problematische Beziehung zwischen linker Ideologie und Feminismus einzugehen.

Bolivien stellt im lateinamerikanischen Kontext, "einen der wenigen Fälle von organisierter politischer Erfahrung von Frauen sowohl auf nationaler Ebene als auch an den Massenbewegungen der Unterschichten, städtisch wie auch ländlich" dar (Ardaya 2000). Allerdings sind Frauen hier bis heute – von wenigen Ausnahmen abgesehen – kaum in leitenden Positionen vertreten. Ein Grund hierfür liegt darin, dass die Politisierung von Frauen nicht über sogenannte "Frauenthemen" erfolgte, sondern über traditionelle Politikfelder und Institutionen, d.h. durch Parteien oder Gewerkschaften, bei denen die Klassen- und Arbeitssituationen, die neuerdings mit ethnischen Identitäten verbunden werden, oberste Priorität besitzen. Zudem sind diese Institutionen nach wie vor männlich dominiert. Eine nennenswerte feministische Bewegung, die sich dagegen zur Wehr setzt, gibt es in Bolivien erst seit wenigen Jahren.

Die erste Phase starker Mobilisierung erfolgte in den Jahren vor der bolivianischen Revolution von 1952, als Frauen verschiedener sozialer Schichten dem *Movimiento Nacional Revolucionario* (MNR) beitraten, obwohl sie bislang über keine politischen Rechte verfügten. Sie beteiligten sich in den Basisorganisationen an der politischen Arbeit und führten als *comandos femeninos* Demonstrationen an, die mit der Vorstellung der zu schützenden Frauen spielten. Nach dem Verbot der Bewegung organisierten sie die konspirative Arbeit, einige wurden auch an der Waffe ausgebildet und operierten unter der Führung von Lydia Gueiler, einer jungen Frau aus der Mittelschicht, in gefährlichen Missionen im Untergrund. Darüber hinaus trug ein öffentlicher Hungerstreik von 27 Frauen des MNR im April 1951 wesentlich zum Erfolg der Revolution bei. Entsprechend der politischen Linie der Partei dominierten aber nationale Themen sowie die Klassenproblematik die Agenda. Die Geschlechterfrage wurde kaum thematisiert, es sei denn im Hinblick auf das Wahlrecht oder Probleme im Gesundheits- und Erziehungswesen. In den wichtigen Gremien der Partei waren, mit Ausnahme von Lydia Gueiler, keine Frauen vertreten.

Mit dem Sieg der Revolution erhielten Frauen und Analphabeten – und damit auch die indigene Bevölkerung – volle staatsbürgerliche Rechte. Da die Verdienste der Frauen um die Revolution jedoch ansonsten nicht gewürdigt wurden, zogen sich viele Frauen aus der aktiven Politik wieder zurück oder beschränkten sich auf die traditionellen Arbeiten im Wohlfahrts- und Sozialbereich. Allerdings bildeten sich in der Folgezeit weibliche “Stoßtrupps”, die sogenannten *Barzolas*, benannt nach María Barzola, der Märtyrerin eines Minenarbeiterstreiks von 1942. Diese unterstützten von der Zuschauertribüne her lautstark die Parlamentarier des MNR, griffen aber auch schon einmal deren Gegner auf der Straße tätlich an.

Bolivien hatte nach der Revolution von 1952 die Zinnminen, die Haupteinnahmequelle des Landes, verstaatlicht, doch ließen die Erträge angesichts verschlechterter Absatzbedingungen erheblich nach. Vorausgegangen waren außerdem hohe Entschädigungen für die “Zinnbarone”, so dass die bolivianische Regierung in immer größere finanzielle Schwierigkeiten geriet. 1961 wurde in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) ein Sanierungsplan erarbeitet. Die ohnehin latenten gesellschaftlichen und politischen Spannungen wuchsen, zumal die Regierung versuchte, die umfangreichen

Rechte der Gewerkschaften und andere revolutionäre Errungenschaften rückgängig zu machen. Die Folge waren Streiks und Proteste, die erneut die Frauen, diesmal diejenigen der Minenarbeiter, mobilisierten.

In den Minen herrschte eine strenge geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Allerdings liegen die Minen meist in abgelegenen Regionen des Hochlandes und das Leben auch der Frauen und Kinder drehte sich ausschließlich um die Mine, zumal man für die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten, Wohnungen oder Schulen auf die Minengesellschaft bzw. die staatliche Minenverwaltung angewiesen war. Als diese ihrer Aufgabe aufgrund der wirtschaftlichen Probleme nicht mehr nachkam, machten die Frauen mobil.

1961, als der Sanierungsplan entworfen wurde, entstanden die ersten sogenannten "Hausfrauen-Komitees", darunter das in der Mine *Siglo XX*, einer der wichtigsten des Landes. Ihre Vorsitzende war Domitila Barrios de Chungara, die 1937 in *Siglo XX* als Kind eines Minenarbeiters geboren worden war und bereits früh hatte miterleben müssen, wie ihr Vater, ein engagiertes Gewerkschaftsmitglied, mehrfach verhaftet und schließlich deportiert wurde. Mit 16 Jahren begann sie, in einem Laden der Minengesellschaft zu arbeiten. Kurz darauf heiratete Domitila. Sie gebar mehrere Kinder und führte zunächst das Leben einer typischen Ehefrau eines Minenarbeiters, wenn auch mit stärkerem politischem Engagement als viele ihrer Leidensgenossinnen.

Nach einer Großdemonstration in La Paz gegen die Maßnahmen der Regierung, bei der die Mehrzahl der Demonstranten, unter ihnen viele Minenarbeiter aus *Siglo XX*, verhaftet worden waren, zogen deren Ehefrauen in die Hauptstadt, um die Freilassung ihrer Männer zu erreichen. Nach einem zehntägigen Hungerstreik gab die Regierung der Forderung nach. In der Folge bildeten sich in vielen Minenstädten Komitees politisch engagierter Frauen, die sich vor allem für eine bessere Versorgung in den Minenläden, Schulen oder Krankenhäusern einsetzten, aber auch ausstehende Löhne oder die Freilassung ihrer Männer forderten.

Die Frauen verstanden sich als Proletarierinnen und Gewerkschafterinnen, die Kämpfe der Männer unterstützten, was sie, zumal in Zeiten von Militärdiktaturen, aber auch denselben Gefahren aussetzte. So wurde Domitila Barrios mehrfach verhaftet und misshandelt. Neben

den schon erwähnten Hungerstreiks oder Protestmärschen, in denen die Frauen teilweise zusammen mit ihren Kinder an vorderster Front marschierten, um den Militärs ein Eingreifen zu erschweren, suchten sie die Auseinandersetzungen mit Streikbrechern – auch hier unter Ausnutzung der traditionellen Geschlechterrollenbilder, die eine Beschimpfung als Feiglinge durch Frauen als besonders schändlich erscheinen ließ.

Die Geschlechterbeziehungen wurden nicht thematisiert, denn dies wurde als ein Versuch, die Bewegung zu spalten, abgelehnt. Dennoch kamen viele der "Hausfrauen" nicht umhin, die Geschlechterverhältnisse in ihren Familien zu überdenken. Domitila Barrios hatte, wie so viele andere Frauen auch, gegen den Willen ihres Mannes begonnen, sich im Hausfrauen-Komitee zu engagieren, wurde aber letztlich durch ihr politisches Engagement immer selbstbewusster.

Gleichzeitig erregte die Arbeit der Frauen und die Situation in Bolivien das Interesse der Weltöffentlichkeit. So drehte eine brasilianische Regisseurin einen Film über den Widerstand der Frauen von *Siglo XX*. Dieselbe Autorin schlug vor, Domitila als Vertreterin der bolivianischen Minenarbeiter bzw. Hausfrauen-Komitees zur Weltfrauenkonferenz in Mexiko-Stadt 1975 einzuladen.

Die breit angelegte Vorbereitung der ersten Weltfrauenkonferenz der UNO und die Einbeziehung unterschiedlicher Basisorganisationen hatte dazu geführt, dass neben der Veranstaltung für Regierungsvertreter erstmals ein weiteres Forum für nicht staatliche Organisationen geschaffen werden sollte, wie es seither bei den Weltfrauenkonferenzen und anderen UN-Kongressen üblich ist. In Mexiko beteiligten sich 1975 an dem Forum der Nichtregierungsorganisationen viele Lateinamerikanerinnen unterschiedlicher Länder und politischer Richtungen.

Domitila Barrios hatte zunächst erhebliche Schwierigkeiten, mit den in Mexiko auch vertretenen europäischen und nordamerikanischen Feministinnen eine gemeinsame Diskussionsgrundlage zu finden. Besonders deutlich wurden die unterschiedlichen Auffassungen in der Frage der Geburtenkontrolle, die auf dem Kongress intensiv diskutiert wurde. Domitila Barrios vertrat die für eine Gewerkschaftsvertreterin plausible Auffassung, dass zahlenmäßige Stärke auch Macht verleihe. Geburtenkontrolle würde ein relativ kleines Land wie Bolivien nur weiter schwächen und daher verwarf sie alle diesbezüglichen Forderungen als ein Herrschaftsinstrument des Imperialismus.

Am anderen Ende des Spektrums standen Frauen aus Europa und den USA, die vor allen Dingen Gleichheit der Frauen in Familie und Beruf sowie Selbstbestimmung im Hinblick auf Schwangerschaft und Geburt forderten. Diesen beiden Flügel, verkörpert in den Protagonistinnen Domitila Barrios und Betty Friedan, fochten harte Diskussionen aus. Domitila wurde hierdurch in weiten Teilen der "westlichen Welt" zu einer Symbolfigur für die Probleme der Frauen der Unterschicht in Lateinamerika und der "Dritten Welt". Letztlich bewegte die Debatte Feministinnen in den industrialisierten Ländern, ihre Positionen zu überdenken und die soziale Frage stärker zu berücksichtigen.

Auf der Konferenz in Mexiko lernte Domitila eine brasilianische Soziologin, Moema Viezzer, kennen, die mit ihr einen autobiographischen Bericht erarbeitete, der 1977 unter dem Titel *Si me permiten hablar* ("Wenn man mir erlaubt zu sprechen ...") publiziert wurde. Der Text trug wesentlich dazu bei, die Lebenssituation der Unterschichtsfrauen in Lateinamerika weltweit publik zu machen. Diesem Buch folgte ein weiteres, das allerdings nicht mehr dieselbe Beachtung fand.

Die Jahre unmittelbar nach der Konferenz in Mexiko stellten gleichzeitig den Höhepunkt der Proteste der bolivianischen Gewerkschaften gegen die Diktatur von General Hugo Banzer dar. In dieser Zeit kam auch den Hausfrauen-Komitees aufgrund des Verbotes gewerkschaftlicher Aktivitäten eine besondere Rolle zu. 1977 begann Domitila Barrios zusammen mit weiteren "Hausfrauen" und ihren Kindern einen Hungerstreik mit der Forderung nach einer Generalamnestie und der Wiederherstellung politischer und gewerkschaftlicher Freiheiten, Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und Abzug des Militärs aus den Minen – Ziele mithin, die sich erstmals nicht nur auf das unmittelbare Umfeld der jeweiligen Mine, sondern auf die Gesellschaft und Politik als Ganzes bezogen. Der Streik weitete sich rasch aus und führte schließlich zur Ablösung der Militärregierung. Dies sollte das Prestige und die Bedeutung der Hausfrauen-Komitees weiter steigern, allerdings machte die instabile politische Situation eventuelle Erfolge immer wieder zunichte. Für die Wahlen im Juli 1978 stellte die *Frente Revolucionario de Izquierda*, unterstützt von den Gewerkschaften und indigenen Bewegungen, Domitila Barrios als Kandidatin für die Vizepräsidentschaft auf, doch wurden die Wahlen aufgrund von Unregelmäßigkeiten annulliert, ein neuer Militärputsch scheiterte allerdings.

Wahlen, Unruhen und Putschversuche kennzeichneten die Zeit nach dem Sturz der Diktatur, brachten Bolivien allerdings auch die erste Präsidentin und die erste in Lateinamerika, die aufgrund eigener politischen Aktivitäten, wenn auch nicht in direkter Wahl, in dieses Amt gelangte. Die schon erwähnte Lydia Gueiler war eine der Frauen der ersten Stunde des MNR, die sich auch immer wieder für die Rechte der Frauen eingesetzt hatte. Darüber hinaus war sie in den 1950er Jahren als eine der wenigen Frauen weltweit im diplomatischen Dienst als Konsulin und zeitweilige Vertreterin des Botschafters in Deutschland gewesen. Zwischen 1956 und 1965 war sie Abgeordnete für das MNR, bis ein Militärputsch sie ins Exil zwang. Nach dem Sturz General Banzers kehrte sie nach Bolivien zurück und wurde im Juli 1979 erneut als Abgeordnete gewählt. Nach dem fehlgeschlagenen Putschversuch des Militärs fiel ihr im November 1979 als Parlamentsvorsitzende das Präsidentenamt zu. Es war ihre Aufgabe, Neuwahlen für das kommende Jahr vorzubereiten, die auch relativ ruhig und demokratisch verliefen. Angesichts der immer prekärer werdenden wirtschaftlichen Situation erließ sie aber auch ein Austeritätsprogramm, das wiederum Proteste und Streiks der Gewerkschaften hervorrief. Diesen folgte im Juli 1980 ein erneuter Militärputsch. Lydia Gueiler ging nach Frankreich ins Exil, kehrte später noch einmal in den diplomatischen Dienst zurück und engagierte sich in verschiedenen internationalen Gremien für die Angelegenheiten von Frauen, spielt aber politisch heute keine Rolle mehr.

Auch ihre politische Gegenspielerin Domitila Barrios wurde durch diesen Putsch 1980 ins Exil gezwungen. Sie befand sich zu dem Zeitpunkt auf einer Konferenz im Ausland und konnte erst nach der Wiederherstellung der Demokratie 1982 in ihre Heimat zurückkehren. Für die Minenarbeiter und ihre Familien brachten die achtziger Jahre neben politischer Repression vor allem den völligen Zusammenbruch des staatlichen Minenbetriebes und damit ihrer Lebenswelten. 1985 erzwangen sie noch einmal mit großen Protestdemonstrationen die Ablösung der Regierung und Neuwahlen, doch wurden sie anschließend mit einer "neuen Wirtschaftspolitik" konfrontiert, die die Privatisierung der Minen vorsah. Die Frauen organisierten noch einmal einen großen "Marsch für das Leben" (*Marcha por la Vida*, 1986), konnten die Maßnahmen jedoch nicht mehr verhindern. Es kam zu Massentlassungen – euphemistisch als "Relokalisierung" bezeichnet

– und die ehemaligen Minenarbeiterfamilien zogen in die Städte, vor allem der “Zwillingsstadt” von La Paz, El Alto, das in dieser Zeit enorm anwuchs, oder aber in die Tieflandregionen, wo sie sich bald mangels anderer Alternativen als Koka-Bauern betätigten. Auch Domitila Barrios zog mit ihren Kindern nach Cochabamba, wo sie heute lebt. Im Jahr 2001 unternahm sie noch einmal einen Versuch, mit einer eigenen Partei in die Politik zurückzukehren, konnte jedoch nicht genügend Wähler mobilisieren. Eine gewisse Enttäuschung über die linken Parteien sowie Krankheit haben auch dazu geführt, dass sie sich dem Werben des *Movimiento al Socialismo* (MAS) unter Evo Morales entzogen hat.

In den 1960er Jahren wurden das Zusammentreffen der konkreten Anliegen der “Hausfrauen-Komitees” und die allgemeinen Klasseninteressen der Gewerkschafter besonders deutlich. So kam 1986 es zu einem ersten gemeinsamen Treffen von 14 Hausfrauen-Komitees, gleichzeitig begannen die Frauen der *mineros* aber auch, mit der 1980 gegründeten *Federación Nacional de Mujeres Campesinas Bartolina Sisa*, einem Zusammenschluss der – zumeist indigenen – Kleinbäuerinnen zusammenzuarbeiten.⁷ Diese Vereinigung war nach der Organisation zahlreicher Straßenblockaden gegen das Austeritätsprogramm der Regierung von Lydia Gueiler entstanden, bei denen sich die Mobilisierungs- und Organisationsfähigkeit der Frauen als äußerst wichtig herausgestellt hatte. Die Berufung auf Bartolina Sisa, der Frau eines indigenen Rebellen aus der Kolonialzeit⁸ im Namen deutet darauf hin, dass hier indigene Positionen stärker einfließen.

Beide Frauengruppen sahen im Kampf gegen Armut und Ausbeutung ihr oberstes Ziel, wurden aber immer wieder mit *gender*-Problemen konfrontiert. Doch auch die meisten *campesinas* lehnten Geburtenkontrolle und feministische Forderungen ab als “imperialistisches” Mittel, sie zu schwächen. Hinter der Ablehnung feministischer Forderungen steht neben der Betonung der Klassenidentität auch eine idealisierte Vorstellung von andiner Geschlechterkomplementarität, die

7 Diese waren ebenfalls eng an die Gewerkschaft *Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia* (CSUTB) sowie das *Movimiento Revolucionario Túpac Katari* (MRTK) angelehnt.

8 Bartolina Sisa war die Ehefrau von Túpac Katari, der zusammen mit Tupac Amaru aus Peru die große Rebellion des ausgehenden 18. Jahrhunderts anführte. Auf ihn berief sich auch das MRTK, aus dem einige der Frauen stammten.

sich heute vielfach durchgesetzt und zu einer eigenen hybriden Position in der *gender*-Fragen geführt hat.

5. Indigene Frauen

In Bolivien führten die politischen Krisen der 1980er Jahre sowie die neoliberalen Reformen letztlich zu einer weiteren Annäherung der Aymara-Frauen der ländlichen Regionen und der Frauen der ehemaligen Minenarbeiter, bedingt auch durch die Migrationsbewegungen, die sie in den Armenvierteln der Großstädte zusammenführten.

Die permanenten politischen und ökonomischen Krisen hatten zu einer starken Präsenz von Nicht-Regierungs-Organisationen in El Alto und andernorts geführt, die sich zunächst vor allem in der Lebensmittelhilfe niederschlug, die über sogenannte "Müttervereine" (*Club de Madres*) verteilt wurden. Zunehmend verbanden viele NRO's dies jedoch mit *Cursos de Capacitación*, die auch *gender*-Fragen ansprachen. Diese Art der Hilfe ist zwar umstritten, dürfte aber zur Erweiterung der Identitätskonzepte der Frauen beigetragen haben. Die doppelte Diskriminierung der Frauen in den Städten aufgrund ihrer Armut und ethnischen Identität wurden von einer neuen populistischen Bewegung aufgegriffen, die unter dem Slogan *polleras⁹ al parlamento* Remedios Loza, eine Aymara aus El Alto, als Abgeordnete durchbrachte. Seither sind die *Cholas* oder die Aymara-Frauen mit ihren *polleras* als Zeichen der ethnischen Identität aus dem öffentlichen Leben und der Politik Boliviens nicht mehr wegzudenken. Auch andere politische Bewegungen und Parteien sahen sich gezwungen, Frauen indigener und mestizischer Herkunft an prominenter Stelle zu integrieren und diese Tendenz wurde durch den Sieg des MAS noch verstärkt. Allerdings ist es noch immer schwierig, in diesem Zusammenhang auch die Geschlechterproblematik zu thematisieren. Feminismus gilt diesen Frauen und erst recht den Männern als "westlicher" Import. Dass allerdings auch in den Familien der *indigenas* häusliche Gewalt und männliches Dominanzverhalten vorkommen, wird von den engagierten Frauen inzwischen öffentlich thematisiert, womit ein erster Schritt zu einer *gender*-Perspektive erfolgt ist.

9 Traditioneller Rock der indigenen Frauen. In Bolivien unterscheidet man bis heute zwischen *mujeres de pollera* und *mujeres de vestido* (Frauen mit europäischer Kleidung).

In diesem Zusammenhang soll noch kurz auf Rigoberta Menchú verwiesen werden, die ebenfalls durch ein in Europa und den USA weit verbreitetes autobiografisches "Zeugnis" ihres Lebens zu einer Symbolfigur, in diesem Fall für die Unterdrückung der indigenen Bevölkerung wurde und im "Kolumbus-Jahr" 1992 den Friedensnobelpreis erhielt. Rigoberta Menchú, eine Maya aus Guatemala, prangert in ihrem Buch die Unterdrückung der Maya-Bevölkerung, vor allem aber die Grausamkeiten der Militärdiktatur und Bürgerkriegsjahre an. Sowohl ihr Vater als auch ihr Bruder und ihre Mutter waren in den Auseinandersetzungen auf schreckliche Weise ermordet worden, was sie selbst veranlasste, zeitweise ins mexikanische Exil zu gehen und sich dort in den Flüchtlingslagern zu engagieren. Zur politischen Arbeit war sie durch ihr Engagement in der Landarbeitergewerkschaft CUC (*Comité de Unidad Campesina*) gekommen, 1982 unternahm sie in diesem Rahmen eine Europareise, auf der in Zusammenarbeit mit einer venezolanischen Anthropologin ihr Buch *Me llamo Rioberta Menchú y así me nació la conciencia* erschien. 1983 erstmals in Spanisch, bald darauf in mehrfachen Auflagen in anderen Sprachen, so auch in Deutsch erschienen, rüttelte dieses Buch die westliche Öffentlichkeit auf und sensibilisierte sie sowohl für die Problematik der indigenen Bevölkerung in Lateinamerika als auch für die Brutalität der Politik der guatemaltekischen Militärdiktatoren. Dies war umso wichtiger, als die US-amerikanische Regierung unter Ronald Reagan die guatemaltekischen Militärs nicht nur unterstützte, sondern auch deren Menschenrechtsverletzungen zu negieren versuchte. So wurde Rigoberta Menchú zur Symbolfigur für die Verfolgung indigener Gemeinschaften in Lateinamerika. Sie steht aber auch für den Versuch eines friedlichen Ausgleichs. Die Verleihung des Friedensnobelpreises stärkte diese Rolle und ließ ihr im Rahmen des Demokratisierungsprozesses in Guatemala eine wichtige Rolle zukommen. Das Nobelpreisgeld nutzte sie zur Gründung einer Stiftung, die sich für die Wahrung der Menschenrechte und für das Recht auf adäquate Bildung der indigenen Bevölkerung einsetzt. Sie genießt durch diese Arbeit noch immer hohes Prestige im In- und Ausland, in der offiziellen politischen Landschaft Guatemalas spielt sie allerdings keine bedeutende Rolle, wie ihre erfolglose, wenn auch viel beachtete und symbolisch wichtige Präsidentschaftskandidatur 2007 zeigte. Auch Rigoberta Menchú hat die *gender*-Frage der ethnischen und der sozialen unter-

geordnet. Inzwischen haben aber zahlreiche ungesühnte Morde an Frauen in Guatemala die Öffentlichkeit aufgeschreckt und die Frage nach dem Verhältnis der Geschlechter neu aufgeworfen.

Das Problem der Unterordnung geschlechtsspezifischer Forderungen unter diejenigen nach einer allgemeinen Veränderung des politischen und gesellschaftlichen Systems haben sowohl linke als auch indigene Frauen in fast allen sozialen und politischen Bewegungen in Lateinamerika gemacht. Ansätze zu einer Veränderung zeigten sich erst mit dem Aufstand des EZLN (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional*) in Mexiko, wo ethnische und *gender*politische Fragen mit allgemeinpolitischen verknüpft wurden. Wieweit indigene Traditionen und westliche Emanzipationsvorstellungen miteinander vereinbar sind, muss sich allerdings noch zeigen. In Bolivien sind durch den Wahlsieg des MAS zahlreiche gewerkschaftlich aktive Frauen aus der indigenen Unterschicht in politische Ämter gelangt, die obersten Positionen blieben aber bisher hier Männern vorbehalten.

6. "Quotenfrauen"

Viele Frauen, vor allem diejenigen aus Basisorganisationen und sozialen Bewegungen, stehen den Parteien und dem Staat nach wie vor skeptisch gegenüber, was angesichts von weit verbreitetem Machismo, Klientelismus und Korruption durchaus verständlich ist. Hinzu kommt, dass die Bedeutung der sozialen Bewegungen in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Wenn der Anteil der Frauen an der formalen Politik dennoch in den letzten Jahren gestiegen ist, so hängt dies mit der Tatsache zusammen, dass viele Staaten und Parteien inzwischen ein Quotensystem eingeführt haben. Argentinien hatte dabei 1991 den Anfang gemacht. Andere Länder folgten und setzten Quoten vor allem im Repräsentantenhaus, einige auch im Senat durch.¹⁰ Es gelang den Frauenbewegungen zudem, in einigen Parteien Argentiniens, Boliviens, Brasiliens, Costa Ricas, Ekuadors, Panamas, Perus, Venezuelas, Nikaraguas, Chiles, El Salvadors, Paraguays und der Dominikanischen Republik Quoten zwischen 20% und 40% zu verankern. Manchmal taten sich aber auch unvermutete Schwierigkeiten auf

10 Paraguay und Mexiko 1996, Bolivien, Brasilien, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Ecuador, Panama, Peru 1997 und Venezuela 1998. Vgl. <<http://www.quotaproject.org/country.cfm>> (11.04.2009).

wie z.B. in Kolumbien, wo die Verfassung die Einmischung in die internen Angelegenheiten der Parteien verbietet. Allerdings wurde dort im Jahr 2000 auf der Ebene der staatlichen Führungspositionen ein Gesetz eingeführt, das eine 30%ige Beteiligung von Frauen vorschreibt. Natürlich war auch die Verankerung dieser Normen keine Garantie für ihre Umsetzung, in einigen Ländern, wie z.B. Argentinien und Costa Rica, führten sie jedoch zu einem erheblichen Anstieg des weiblichen Anteils in der Politik.

Viele dieser Politikerinnen vertreten keine feministischen Positionen, es kommt aber dennoch punktuell zu einer überparteilichen Koalition von Frauen zu bestimmten Themen, was ein Novum in der politischen Kultur Lateinamerikas darstellt. Hieran wird deutlich, dass die verstärkte Beteiligung von Frauen erreichen kann, nicht nur die Themen des politischen Spektrums zu erweitern, sondern auch Stil und Klima zu verändern. In Argentinien ist inzwischen fast ein Drittel der Abgeordneten im Repräsentantenhaus weiblich und mit Christina Fernández de Kirchner ist 2007 eine weitere Frau in das Präsidentenamt gewählt worden. Zwar folgt sie – wie Isabel Perón – auch ihrem Mann in dieses Amt, sie hat es aber nicht wie diese „geerbt“, denn Cristina Fernández kann auf eine lange eigenständige Karriere als Abgeordnete und Senatorin zurückblicken.

Kommentierte Bibliografie

Eine relativ aktuelle sozialwissenschaftliche Perspektive zu Frauen in der Politik in Lateinamerika bieten Nikki Craske: *Women and Politics in Latin America* (Brunswick et al., 1999), sowie Sylvia Chant/Nikki Craske: *Gender in Latin America* (New Jersey, 2003). Hinzu kommen zahlreiche aktuelle Veröffentlichungen von UN-Organisationen oder anderen Forschungseinrichtungen wie der FLACSO, die vor allem Daten zur der Beteiligung der Frauen an der formalen Politik liefern, so z.B. Teresa Valdés, Ana María Muñoz B., Alina Donoso O. (Hrsg.): *¿Han avanzado las mujeres? Índice de Compromiso Cumplido Latinoamericano* (Santiago, o.J. ca. 2004).

Überblicke zu Frauen in der Politik und Gesellschaft Lateinamerikas mit historischer Perspektive bieten Barbara Potthast: *Von Müttern und Machos. Eine Geschichte der Frauen Lateinamerikas* (Wuppertal, 2003); Francesca Miller: *Latin American Women and the Search for Social Justice* (Hanover/NH, 1991) und ebenso verschiedene Aufsätze in Isabel Morant (Hrsg.): *Historia de las mujeres en España y América Latina*, Bde. III und IV (Madrid,

2005/2006). Vgl. auch Linda Helfrich/Barbara Potthast: "Citizenship und 'Frauenbewegungen' in Lateinamerika" (in: Jürgen Mittag/Georg Ismar (Hrsg.): *Soziale Bewegungen in Lateinamerika*, im Druck).

Zu den einzelnen Regionen liegen inzwischen zahlreiche Monografien und Aufsätze zu verschiedenen Themen vor, von denen hier nur einige erwähnt werden können. Zentral für die Entstehung einer Frauenbewegung im Cono Sur ist Asunción Lavrin: *Women, Feminism, and Social Change in Argentina, Chile, and Uruguay, 1890-1940* (Lincoln, 1995), ebenso Dora Barrancos: *Inclusión/Exclusión. Historia con mujeres* (Buenos Aires, 2002). Ferner Silke Bauer: *Frauen in der Politik in Chile und Argentinien. Ihre Partizipation in Parteien, Parlamenten, Gewerkschaften, Wahlen und Regimewechselprozessen* (Heidelberg, 1990).

Es gibt zahlreiche Darstellungen zu den "Müttern von der Plaza de Mayo", die jedoch zum Teil wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügen. In Englisch ist Marguerite Guzmán de Bouvard: *Revolutionizing Motherhood. The Mothers of the Plaza de Mayo* (Wilmington, 1994) zu empfehlen, sowie Susana Bianchi: "Madres de Plaza de Mayo" (in: Isabel Morant (Hrsg.): *Historia de las mujeres en España y América Latina*, Band IV, Madrid, 2006: 675-700).

Dokumente und eine eigene Darstellung bietet: Asociación de las Madres de la Plaza de Mayo: *Historia de las madres de Plaza de Mayo* (Buenos Aires, 1995). Auch die Homepages der beiden Gruppen stellen neben generellen Informationen eine Reihe von grundlegenden Dokumenten zur Verfügung <www.madres.org.ar> und <www.madresfundadoras.org.ar> (11.04.2009).

Zu Brasilien siehe June E. Hahner: *Emancipating the Female Sex: The Struggle for Women's Rights in Brazil, 1850-1940* (Durham, 1990); Susan K. Besse: *Restructuring Patriarchy, The Modernization of Gender Inequality in Brazil, 1914-1940* (Chapel Hill, 1996); für die Zeit der Militärdiktatur und die *Transición* Sonia E. Alvarez: *Engendering Democracy in Brazil. Women's Movements in Transitional Politics* (Princeton, 1990).

Grundlegende Darstellungen der Frauenbewegung und der Rolle der Frauen in der Politik sind Shirlene Soto: *Emergence of the Modern Mexican Woman* (Denver, 1990) und Anna Macias: *Against all Odds. The Feminist Movement in Mexico to 1940* (Westport/London, 1982).

Einen etwas engeren zeitlichen Rahmen wählte Jocelyn Olcott: *Revolutionary Women in Postrevolutionary Mexico* (Durham, 2005), die dafür jedoch auch andere Formen der politischen Mobilisierung mit einbezieht. Vgl. ebenfalls die Artikel in Isabel Morant: *Historia de las mujeres en España y América Latina*, Bde. III und IV (Madrid, 2006).

Zu den Guerilleras vgl. Barbara Potthast: *Von Müttern und Machos. Eine Geschichte der Frauen Lateinamerikas* (Wuppertal, 2003: 331-344); Karen Kampwirth: *Women and Guerilla Movements. Nicaragua, El Salvador, Chia-*

pas, Cuba (Pennsylvania, 2002); Ilja A. Luciak: *After the Revolution. Gender and Democracy in El Salvador, Nicaragua, and Guatemala* (Baltimore, 2001); Giaconda Belli: *Die bewohnte Frau* (München, 2007 [¹1988]).

Wissenschaftliche Arbeiten über die Frauen in Bolivien sind rar, doch gibt es eine Reihe von Selbstzeugnissen, die einen recht guten Einblick bieten. Die beiden Bücher von Domitila Barrios de Chungara sind in mehreren Auflagen auf Deutsch erhältlich, z.B. Moema Viezzer: *Wenn man mir erlaubt zu sprechen. Zeugnis der Domitila, einer Frau aus den Minen Boliviens* (Göttingen, 1996) oder Domitila Barrios de Chungara mit David Aceby: *Domitila. Das Zeugnis einer Frau aus den Minen Boliviens, Biographie 1976-1984* (Bornheim, 1986). Neuerdings gibt es auch eine kollektive Erinnerung an die Kämpfe der Hausfrauen: Maria L. Lagos/Emilse Escobar Chavarría (Hrsg.): *Nos hemos forjado así: Al rojo vivo y a puro golpe. Historias del Comité de Amas de Casa de Siglo XX, No pudieron, Plural Editores* (La Paz, 2006). Lydiá Gueilers Autobiografie hingegen liegt nur auf Spanisch vor: *Lydiá Gueiler Tejada, La mujer y la revolucion* (La Paz, ²1983).

Gut ist auch die Darstellung von Gloria Ardaya, einer bolivianischen Soziologin und Feministin: *Política sin rostro. Mujeres en Bolivia* (Caracas, 1992), sowie diejenige von Lourdes Zabala: *Nosotras en democracia. Minerías, cholas y feministas (1976-1994)* (La Paz, 1995).

Von Rigoberta Menchú liegen auf Deutsch ebenfalls autobiografische Zeugnisse vor: Elisabeth Burgos/Rigoberta Menchú: *Leben in Guatemala* (Göttingen, 1992) und die später erschienene Autobiografie von Rigoberta Menchú: *Enkelin der Maya* (Göttingen, 1999). Diese wurden noch viel stärker als diejenigen von Domitila aber auch zum Zentrum einer Kontroverse über den Wahrheitsgehalt solcher "Testimonio-Literatur", nachdem der US-amerikanische Anthropologe David Stoll ihr eine Reihe von Unkorrektheiten nachgewiesen hatte. Vgl. hierzu Arturo Arias (Hrsg.): *The Rigoberta Menchú Controversy* (Minneapolis, 2001). Die Debatte konzentrierte sich vor allem auf die Frage, inwieweit eine einzelne Frau beanspruchen kann, für ihr gesamtes Volk, wie Rigoberta Menchú, oder aber für ihre Klasse, wie Domitila Barrios de Chungara, sprechen kann und ob nicht korrekt erinnerte oder wiedergegebene Einzelheiten die Aussagen des Buches insgesamt diskreditieren können. Vgl. hierzu Barbara Potthast: "'Wenn man mir erlaubt zu sprechen'. Über die Schwierigkeiten im Umgang mit Testimonio-Literatur" (in: *ILA* 271, Dez. 2003, S. 6-8).